

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Carl Auer, Leipzig, Postfach 100.

Druck: Carl Auer, Leipzig, Postfach 100.

Telegraphisch: Carl Auer, Leipzig. Inhaltlich: Die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgeschäftsamt. Postfach-Nr. 100, Leipzig.

Nr. 156

Montag, den 7. Juli 1924

19. Jahrgang

### Der neue Staat und die höhere Beamtenenschaft.

Von Dr. Fritz W. v. M.

Ein deutscher Reichskämmler der Vorkriegszeit hat einmal den schönen Satz gesprochen: „In dem Streben der unteren Schichten emporzukommen, erkenne ich das höchste ethische Gesetz der Menschheit.“ Tatsächlich sind auch alle großen Fortschritte der Kultur und Wirtschaft von diesem Bestreben getragen gewesen, und selbst dann, wenn dieser Drang nach oben in äußerlich ungeschöner Formen, selbst wenn er unter revolutionären Begleiterscheinungen sich geltend machte, verlief er nicht deswegen seine sittliche Berechtigung. In der Revolution des Jahres 1918 verkörperte sich dieser Drang zunächst nicht derart, daß man die Bezeichnung Revolution in geschichtlichem Sinne auf sie anwenden konnte, sondern sie waren die äußeren Begleiterscheinungen des stillen Zusammenbruchs eines durch unerschöpfliche Opfer und Entbehrungen zermürbten Volkes und eines Regierungsapparates, das nicht mehr vom Glauben des Volkes und vom Glauben an sich selbst getragen war, das die stärkste Feuerprobe der Geschichte, die ein verlorenes Volk bedeutet, nicht bestand. Aber doch stellte sich unmittelbar nach der Revolution in den unteren sozialen Schichten der Drang nach oben sehr bald und sehr nachhaltig ein. Auch in der deutschen Beamtenenschaft vollzog sich eine solche Entwicklung. Die mangelhafte Besoldung der Beamten in der Vorkriegszeit machte es verständlich, daß die Bewegung zunächst einen stark materiellen Einschlag hatte. Hand in Hand damit ging leider auch eine so starke Betonung von Neuberücksichtigungen wie sie in der Tatfrage zu erkennen ist, daß im gleichen Augenblick, in dem die Reichsverfassung alle Titel abschaffte, auf dem Umweg der Amts- und Dienststellenbezeichnung sich eine wahre Sturzwelle neuer Titel über die deutsche Beamtenenschaft ergoß. Diese unangenehmen Nebenerscheinungen dürfen jedoch den Blick dafür nicht trüben, daß dieses Vorkriegs- und Vorkriegsbestreben der unteren Beamtenkreise eine sittlich berechtigte und im Interesse der Allgemeinheit erfreuliche Erscheinung war und ist. Die ganze Bewegung ist ja noch keineswegs abgeschlossen, und es ist zu hoffen, daß sie sich in ihrem weiteren Verlauf von den Schäden befreien wird, die ihr zum Teil noch anhaften. Das wird um so eher geschehen, je rückhaltloser von den zuständigen Stellen die materiellen und idealen Belange der Beteiligten gefördert werden.

Bei dem berechtigten Bestreben auf Förderung der unteren Beamtenkreise ist leider in den letzten Jahren die Bedeutung der höheren Beamtenenschaft für das Staatsganze nicht immer richtig eingeschätzt worden. Vielleicht hängt das mit dem Zug der Zeit zusammen, der Qualität der Arbeit im allgemeinen noch nicht wieder die hervorragende Wertung zuteil werden zu lassen wie früher, vielleicht auch mit der anderen Erscheinung, daß jede Massenbewegung die Einzelverpflichtung zunächst einmal in den Hintergrund drängt. Jedenfalls muß aber auch die höhere Beamtenenschaft diejenige Beachtung und Wertung verlangen, die ihr um ihrer selbst und um des Staates willen zukommt. Das höhere Beamtenamt in Deutschland ist in der Zeit von 1918 bis heute mancher harten Probe ausgesetzt gewesen. Mit dem Zusammenbruch der Monarchie sah es sich der Notwendigkeit einer völlig neuen Einstellung ausgesetzt. Daß eine solche Umstellung gerade bei Charakterarten Persönlichkeiten keine einfache Sache ist, sollte man nicht bezweifeln, wenn sie in einzelnen Fällen nicht voll oder nicht von heute zu morgen gelang. Man darf dabei auch nicht, wie das häufig geschieht, die Einstellung zum Staate mit Einstellung zur Parteipolitik verwechseln. Derjenige, der nur aus Gründen persönlicher Opportunismus nicht seine politische Farbe — Gelbinnung kann man in diesem Falle nicht sagen — wechselt, bleibt immer eine erbärmliche Erscheinung im Gegensatz zu dem, der aus innerer Überzeugung einen solchen Wandel vollzieht. Was von der höheren Beamtenenschaft verlangt werden muß, ist Staatsgesinnung und nicht Parteigesinnung. Beim Gros der höheren Beamtenenschaft war diese Gesinnung in den schwersten Zeiten, die der Staat durchmachen hatte, vorhanden. Wäre sie nicht vorhanden gewesen, so würden der staatliche Mechanismus und Organismus die ungeheuren Erschütterungen, denen sie ausgesetzt waren, nicht überstanden haben. Der neue Staat muß den höheren Beamten, soweit sie Funktionäre seines Willens sind, verlangen, daß sie sich in den Dienst dieses Staatswillens stellen. Der Staat kann an verantwortlicher Stelle niemand beauftragen, der ihn bei Ausübung seiner Amtspflichten vernachlässigt oder sabotiert. Dieses selbstverständliche Gebot des staatlichen Selbstbehauptungsbedürfnisses bedingt nicht die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, die gewisse Trägerin der

Staatsgewalt ist. Staatswille und Parteiliche sind durchaus nicht immer identisch. Die Minister im parlamentarisch regierten Staate stellen nicht die Verkörperung eines reinen Beamtenamtes dar, sie sind gewollt abhängig vom politischen Vertrauen des Parlamentes und sollen auf Grund dieses Vertrauens regieren, der Beamte dagegen soll nicht regieren, sondern verwalten. Beides sind an sich ganz verschiedene Funktionen, die in der Praxis des Staatslebens leider noch oft durcheinander gemischt werden, und es kann nicht geleugnet werden, daß im neuen Staat eine Politisierung der höheren Beamtenenschaft hier und da mindestens in das Stadium des Versuchs eingetreten ist. Wohin sollten wir aber bei unserer starken Parteidifferenzierung und bei unserer nicht konsolidierten politischen Mehrheitsverhältnissen in der Praxis kommen, wenn wir derartigen Versuchen und Versuchungen nicht widerstehen könnten! Gewiß soll über der Eingangspforte zum höheren Beamtenamt nicht, wie vielfach im alten System, der Satz stehen: hier wird nur eingelassen, wer von vorchriftsmäßiger Geburt ist und wer vorchriftsmäßige Beglaubigungen besitzt, aber wehe dem neuen Staat, wenn er die Anstalt durch die andere ersetzen wollte: hier wird nur eingelassen, wer ein vorchriftsmäßiges Parteimitgliedschaftsvorsitz ist und wer ausschlaggebende Legitimation für den höheren Beamtenamt seine berufliche Tätigkeit besitzt. Jede andere Methode würde ein politisches Strebertum widerlicher Art züchten und die Leistungsfähigkeit des höheren Beamtenamtes vernichten. Mit dem Erfordernis der beruflichen Tätigkeit steht es nicht im Widerspruch, daß in den Kreis der höheren Beamtenchaft auch Kräfte eintreten, die ihre Qualifikation außerhalb des Rahmens der zünftigen Beamtenlaufbahn erworben haben oder aus der Schicht der unteren Beamten aufsteigen; im Gegenteil: eine solche Blutaufrischung wird dem Stand der höheren Beamten und dem Staatswohl nur förderlich sein; aber das schöne Wort: freie Bahn dem Tüchtigen! darf in der Praxis nicht umgebrochen werden in eine Versperrung des Weges der Tüchtigen durch die Mittelmäßigkeit.

### Der bössartige Feldzug gegen Herriot.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald“ äußert sich sehr scharf über das Gebell, welches ein Teil der Pariser Presse, angeführt von gewissen hohen Beamten des Quai d'Orsay gegen Macdonald angestrengt hat, weil er sich erlaubt habe, ganz unabhängig von der Einladung, den alliierten Regierungen ein Stimmenschein zu senden. Das ganze Gebell sei ein Teil des bössartigen Feldzuges gegen Herriot und verführe die Laibhand geistlos.

Wahr sei allerdings, daß die britische Regierung sehr dafür sei, daß die Kontrolle über die Ausführungen des Dawesplanes nicht der Reparationskommission übertragen werden könne und daß das französische Wesen darauf das Vertrauen der englischen und amerikanischen Kapitalisten sofort zerbrächen würde.

Der Mitarbeiter schließt mit der Warnung, wenn Frankreich auf einer Fortsetzung der Poincaré'schen Politik bestände, hat es weder von Amerika noch von England irgendwelche weitere Hilfe zu erwarten. Es müsse dann die Reparationen selbst eintreiben, wenn es das könne und zugleich seine Schulden voll bezahlen, oder sich als bankrott erklären.

Bonsonby, der den französischen Botschafter an Stelle des abwesenden Macdonald empfing, drückte ihm sein lebhaftes Erstaunen über die Pariser Aufregung aus. Die „Times“ können versichern, die Aufregung habe sich schon etwas gelegt und es herrsche eine bessere Atmosphäre. Das Memorandum über die britische Auffassung, dessen Inhalt die Franzosen so erregte, sei auch dem Berliner Botschafter gesandt, aber der Berliner Regierung nicht mitgeteilt worden, da sie noch keine Einladungen erhalten habe. Der Zwischenfall verstärkt die diesseitige Kritik an Macdonald's diplomatischen Methoden und seiner Verschlossenheit gegenüber der Nation. Ein halbamtlicher Versuch, ihn als einen Mann im Wasserlaas hinzustellen, kann die Tatsache nicht beseitigen, daß sich noch vor der Konferenz eine scharfe englisch-französische Differenz in einem vitalen Punkt gebildet hat.

Stellen zur englisch-französischen Spannung.

Die französisch-englische Spannung wird in Rom lebhaft verfolgt. Mussolini hatte am Freitag eine lange Besprechung mit dem für London bestimmten Vertreter. Obwohl der Inhalt der Besprechungen unbekannt ist, dürfte er kaum seinen 1923 in London veräußerten Standpunkt geändert haben, wonach die Reparationen nicht von den alliierten Schulden trennbar seien. Sogar die Briten nicht dagegen, daß Italien die in der englischen Einladung enthaltenen Vorschläge besonders be-

züglich des Bitterbundes und des Coogers, sich entgegenstehend unterstützt. Immerhin muß beachtet werden, daß Macdonald's Haltung im Falle Matteotti die Befehle der italienischen Regierung hart verletzt hat.

### London ist verstimmt.

Die Erhängenagentur erzählt folgendes: Die Haltung der französischen Presse hinsichtlich der Londoner Konferenz habe in amtlichen Londoner Kreisen erhebliche Ueberraschung hervorgerufen. Es wird darauf hingewiesen, daß die englische Regierung, soweit festgestellt werden kann, nichts getan habe, was mit irgend einer mit der französischen Regierung getroffenen Vereinbarung im Widerspruch stünde. In Bezug auf die ergangenen Einladungen zu der Konferenz wird bemerkt, daß Frankreich ebenso als Gastgeber betrachtet werde wie England und daß die Einladungen im Namen beider Länder erfolgt sind, während es unrichtig ist, daß die englische Regierung den Wunsch habe, die Reparationskommission auszuscheiden.

Die Aufregung, die in der französischen Öffentlichkeit wegen des englischen Vorschlages entstanden ist, das Urteil über die Durchführung des Finanzberichts nicht der Reute, sondern einer mehr neutralen Körperschaft zu überweisen, wird an verantwortlichen Londoner Stellen nur mit Zurückhaltung kommentiert. Aber es ist außer Zweifel, daß dadurch erste Schwierigkeiten entstanden sind, die das Zustandekommen der Londoner Konferenz unter Umständen gefährden können. Die Angelegenheit greift in der Tat an die Wurzel des ganzen Problems, das mit der Durchführung des Finanzberichts verbunden ist, und sie ruft die entscheidende Frage über das Verhältnis des Finanzberichts zum Versailler Diktat auf, die bereits seit mehreren Tagen immer deutlicher in den Vordergrund trat.

### Neue französische Note an die Verbündeten.

Im französischen Auswärtigen Amt fand am Sonntagabend eine außerordentlich wichtige Besprechung statt, an der außer Ministerpräsident Herriot die Minister für Krieg und Finanzen, weiter der französische Delegierte bei der Reparationskommission, das Mitglied des Exekutivrates, mit dem Pariser teilgenommen haben. Es wurde der Grundriß einer französischen Note an die Verbündeten festgelegt, in welcher die französische Regierung ihren Standpunkt auseinandersetzt. Diese Note soll noch vor der Londoner Konferenz an die verbündeten Regierungen übermittelte werden. Der genaue Wortlaut dieser Note soll Montag festgelegt werden.

Ueber die Besprechung wurde folgendes kommentarisch ausgegeben: „Die Teilnehmer an der Konferenz haben sich über die allgemeinen Grundzüge geeinigt, die in der Note zum Ausdruck kommen sollen, die den französischen Standpunkt zu der Frage der Londoner Konferenz auseinandersetzt, und die den alliierten Mächten vor der Londoner Konferenz mitgeteilt werden wird. Der Text dieser Mitteilung wird am kommenden Montag fertiggestellt werden.“

Ueber den Inhalt der Note verlässt, daß folgende Punkte behandelt werden sollen:

Bestimmung der Maßnahmen, die Deutschland ergriffen haben muß, damit von der Durchführung des Dawesplanes gesprochen werden kann;

Festsetzung des Datums, an dem die wirtschaftliche Besetzung aufhören soll;

Klärung der Frage, wann eine Besetzung vorliegt, bei der festgestellt werden müßte, welche Sanktionen ergriffen werden sollen;

Erörterung der Garantien.

Nach der Besprechung empfing Herriot die Vertreter der französischen Presse. Er erklärte ihnen, er habe außerordentlich die falsche Auslegung, die die Presse dem Memorandum der englischen Regierung gegeben habe, eine Auslegung, durch die die Uneinigkeit zwischen Paris und London nicht etwa beigelegt, sondern im Gegenteil verstärkt worden sei. Er erklärte weiterhin, Frankreich halte am Versailler Vertrag fest, an dem es nicht rütteln lasse.

Das Ruhrgebiet werde nicht geräumt werden, bevor die in dem Sachverständigen-Ausschusse vorgeesehenen Garantien erreicht seien.

Die französische Regierung werde weiterhin eine Politik der Entente mit England verfolgen, zugleich jedoch ihre vollkommene Handlungsfreiheit zu wahren suchen. Der Korrespondent der „Express“ korrespondent lang diesen Erklärungen Herriot's nach, daß die französische Regierung nicht daran denke, unter den augenblicklichen Verhältnissen den Plan der Londoner Konferenz fallen zu lassen oder sie zu verschieben.

### Optimismus der französischen Handelskammer in Köln.

In der Generalversammlung der französischen Handelskammer in Köln hat der Vorsitzende Herriot in einer Rede u. a. erklärt, er habe sich während seines Aufenthalts in Paris bei den verschiedenen Ver-

Reise  
Parkstr. 2.  
Geld  
nen  
mit den  
rückbindern  
ene Binder  
endung von  
e bei Nicht-  
cknahme.  
Erfurt i. Th.  
Erfurt 9708.  
Für Händler  
erer.  
ie besten  
iebacke,  
alkalisch,  
schmelzbar  
Asse:  
ia, Markt.  
dt-  
nde  
en 8. und  
de. Wite.  
nfer  
br.  
er m. Damen  
eingeladen.  
eischhaft  
ranis.“  
e. B.  
rnf 875.  
rfest  
Sonntag,  
und 8. Juli  
t; besond  
ntag nachm.  
Freunde u.  
g wird zur  
Re. 875 an  
rwaltung.  
reisen  
ide I. E.  
cherei  
uswärtige.  
Stichtmitteln  
geschloffen.  
ung.  
Erzgebirge  
rnf 381.  
elen  
el. 2301.  
onan.